Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 56 (1962)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Risse im Westblock ; Die neue Achse ; Götzendämmerung ; Die Republik der Bankiers ; Der Kampf in Spanien ; Kriegsschauplatz Südostasien

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140687

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Risse im Westblock Der Westblock mit seinen Anhängseln in allen Weltteilen wird zusammengehalten durch die gemeinsame Feindseligkeit gegen die kommunistischen Ostländer, durch den Willen, die weitere Ausdehnung des Kommunismus — in Wahrheit des Sozialismus in jeglicher Form — mit allen Mitteln zu verhindern und womöglich den Ostblock überhaupt zu zersprengen. Allein es ist nicht zu verkennen, daß der Westblock, namentlich in Gestalt der atlantischen Staatengemeinschaft, seit geraumer Zeit großen inneren Spannungen ausgesetzt ist, die ihn zuweilen geradezu selbst zu sprengen drohten. «Die Verwirrung in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten», so schrieb neulich (21. Mai) die große amerikanische Wochenschrift «US News & World Report», «könnte vom Gesichtspunkt Nikita Chruschtschews im Kreml kaum besser sein.»

Die Ursache dieser Verwirrung liegt in einer Verschiebung der Machtgewichte innerhalb der atlantischen Gemeinschaft, wie sie seit den ersten Nachkriegsjahren immer deutlicher offenbar geworden ist. Die *Vereinigten Staaten* sind nicht mehr die unbestrittene Vormacht der kapitalistischen Welt, die überall, besonders aber in Westeuropa, die Gegenrevolution und den Kalten Krieg gegen den Osten organisiert, finanziert und kommandiert. Sie sehen sich mehr und mehr einem *Westeuropa* gegenüber, das — wesentlich dank amerikanischer Hilfe — einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, während die Wirtschaft der Vereinigten Staaten eher zurückgeblieben und ins Stocken gekommen ist, einem Westeuropa, das sich mehr und mehr selbständig zu machen strebt und der amerikanischen Führung keineswegs mehr bedingungslos zu folgen bereit ist, so eng es sich auch mit ihm im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus verbunden weiß.

Der Selbständigkeitswille Westeuropas kommt vor allem in der Schaffung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) zum Ausdruck, der, wie man weiß, drei große Länder (Westdeutschland, Frankreich und Italien) und drei Kleinstaaten (Niederlande, Belgien und Luxemburg) angehören. Sie besteht aus drei übernationalen Behörden: der Montanunion (Kohlen- und Stahlverband), der Kommission für den Gemeinsamen Markt und der Euratomkommission, die ausgedehnte eigene Befugnisse haben, aber in gewissem Maße doch vom Ministerrat der EWG-Staaten abhängen. Die Kernorganisation ist der Gemeinsame Markt. Er ist, wie Konni Zilliacus, der britische Labourabgeordnete, kurz und bündig feststellt, «in Wirklichkeit die wirtschaftliche Untermauerung der NATO. Er stellt einen Versuch dar, die alte Ordnung in dem kapitalistischen Rumpf Europas zu festi-

gen. Statt Europa zu einigen, vertieft er dessen Teilung und verewigt die Kriegsvorbereitungen und den Kalten Krieg, ohne die er in seiner jetzigen Form nicht bestehen bleiben könnte. Der Gemeinsame Markt wird von einer Gruppe reaktionärer Regierungen geleitet, die geschworene Feinde des Sozialismus sind und deren Haltung zur Demokratie nicht über jeden Zweifel erhaben ist.»

Insofern können natürlich die Vereinigten Staaten mit dem Gemeinsamen Markt und der EWG vollkommen zufrieden sein. In den Ländern, die der EWG beitreten, gibt es keine Entwicklung zu einer sozialistischen Planwirtschaft; das schließen ihre Satzungen (der «Vertrag von Rom») mit dürren Worten aus. Amerika begünstigt darum namentlich auch den Eintritt des konservativen Großbritanniens in die EWG, während mindestens der linke Flügel der Labourpartei ihn mit größter Entschiedenheit ablehnt. Aber die EWG hat eben auch noch eine andere Seite. Sie tritt mehr und mehr als Konkurrentin der Vereinigten Staaten im Kampf um die Weltmärkte auf und ist im besonderen ausgesprochen auf die Bedürfnisse der Länder mit dem fortgeschrittensten Kapitalismus zugeschnitten, der mit seiner staatlichen Wirtschaftsplanung und -kontrolle den (verhältnismäßig) altmodischen, zurückgebliebenen Kapitalismus immer offensichtlicher überflügelt. Das «Wirtschaftswunder» nicht nur Westdeutschlands, sondern auch Frankreichs und Italiens führt so immer mehr zur Zurückdrängung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit ihrem überholten Wirtschaftsapparat. Präsident Kennedy hat in einer seiner letzten Pressekonferenzen nicht umsonst eine Modernisierung des amerikanischen Wirtschaftsbetriebs angekündigt, der von demjenigen der Länder der EWG viel lernen könne.

Inzwischen leisten vor allem Frankreich und Westdeutschland dem Beitritt Englands zur EWG offen und hintenherum zähen Widerstand. Und in England selbst sind auch auf konservativ-kapitalistischer Seite noch schwere Bedenken gegen einen Anschluß an den festländisch-europäischen Wirtschaftsblock zu überwinden, da eben die britische Wirtschaft weithin auf die Länder des Commonwealth, des Nachfolgebundes des einstigen britischen Weltreiches, angewiesen ist. Ob es gelingt, England zu den Bedingungen, die Frankreich und Westdeutschland stellen, doch noch in die EWG aufzunehmen, bleibt ebenso abzuwarten wie der mögliche Anschluß der drei «Neutralen» — Schweden, Schweiz und Österreich —, die sich Sonderbedingungen aushandeln wollen, weil sie wohl wissen, daß es mit ihrer Neutralität vorbei sein wird, wenn sie in die EWG, so wie sie sich in ihren Satzungen und ihrer Tätigkeit heute darstellt, eingegliedert würden.

Die neue Achse

Denn um es zu wiederholen: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht nur ein unpolitischer Verband zur Förderung kapitalistischer Interessen; sie ist vor allem der wirtschaftliche Unterbau des Atlantikbundes und seiner

antikommunistischen und antisozialistischen Machtpolitik. Einer der «großen Männer» der EWG, der westdeutsche Professor Hallstein, sagte schon vor zwei Jahren recht offenherzig: «Es ist nicht unser Geschäft, Zollvergünstigungen vorzuschlagen oder einen Klub zu begründen, um einen großen Markt zu bilden, der uns reicher machen soll, oder einen Block zu schaffen, um unsere Handelsinteressen zu fördern. Wir vertreten nicht geschäftliche Belange; wir machen Politik.» Mit dieser Politik kommt aber das wirtschaftlich erstarkte und auf Unabhängigkeit erpichte Westeuropa den Vereinigten Staaten erheblich in die Quere. Man redet ja jetzt viel von einer «neuen» Politik, die Amerika unter Kennedy eingeleitet habe. Es handelt sich indessen viel weniger um einen neuen *Inhalt* der amerikanischen Weltpolitik — der ist mit seinem kämpferischen Antikommunismus völlig unverändert geblieben — als um gewisse neue *Methoden* zur Erreichung der alten Ziele. Der Kalte Krieg, der unter Truman und Dulles mit höchst gefühlsbetonter, leidenschaftlicher Erbitterung geführt wurde, wird jetzt nüchterner, geschäftsmäßiger, sozusagen rationeller betrieben, ohne das tollkühne «Wandern am Rand des Abgrunds», dessen sich Dulles rühmte, mit größerer Biegsamkeit, Vorsicht und Berechnung. Der Kreml ist jetzt nicht mehr die Hochburg des Gottseibeiuns; er ist der Verwaltungssitz einer mächtigen Konkurrenzfirma, mit deren Direktoren man kühl, vorurteilslos verhandeln muß, um herauszubringen, wie man mit ihr am sichersten fertig werden kann.

Aber gerade da gehen nun Amerikas Verbündete in Westeuropa nur widerwillig, wenn überhaupt mit. Großbritannien — jawohl; aber weder Frankreich noch Westdeutschland. General de Gaulle hat seine Rosinen von der Wiederbelebung der französischen *grandeur* im Kopf; er will Frankreich von jeglicher amerikanischer Vormundschaft freimachen, seine eigene atomare «Zuschlagskraft» aufbauen, ein westeuropäisch-afrikanisches Imperium unter französischer Führung schaffen und es der kommunistischen Welt entgegenstellen, mit der es keine Verhandlung, nur rücksichtslosen Kampf gebe. An diesem letzten Punkt nun trifft er sich verständnisinnig mit dem westdeutschen Bundeskanzler. Der Geist von Dulles lebt tatsächlich in Adenauer fort; unter seiner Regierung hat die westdeutsche Politik eine Richtung gewonnen, die auf den Umsturz der ganzen europäischen Machtverhältnisse ausgeht, wie sie durch die Niederlage des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, also vor allem auf die Sprengung des Ostblocks und die Wiederaufnahme des großen Versuches zur Ausdehnung Deutschlands nach Osten, verbunden natürlich mit einer entsprechenden Erhöhung der deutschen Machtstellung in der übrigen Welt. Bei allen Gegensätzen in bezug auf die politische Einigung Westeuropas, die Adenauer von de Gaulle trennen, ist die Gemeinsamkeit ihrer Osteuropapolitik und ihres Strebens nach einer politischen Einigung Westeuropas als «die unbedingt notwendige Ergänzung der bestehenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft»

(wie sich de Gaulle am 15. Mai dieses Jahres ausgedrückt hat) doch der Kern der «Solidarität zwischen Frankreich und Deutschland» und die «Grundlage des gesamten europäischen Neuaufbaus» im Sinne der beiden alten Herren.

Es ist die neue Achse *Bonn-Paris*, um die sich die Politik der Kernmächte des westeuropäischen Festlands dreht, und das heißt, daß insoweit die alte Achse Bonn-Washington ihren Dienst getan hat und abgeschraubt werden kann. Adenauer versteift sich nun einmal einfach darauf, daß in Berlin um keinen Preis nachgegeben werden darf, wenn nicht das Dasein eines zweiten deutschen Staates und die Grenzziehung von 1945 im Osten zuletzt anerkannt werden soll. Für Kennedy hingegen bestehen gerade in der Berlin- und Deutschlandfrage Möglichkeiten einer wenn auch nur vorläufigen Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion, Möglichkeiten, die nach seiner Meinung ergriffen und ausgenützt werden *müssen*. «Nach einem Jahr geduldigen Bemühens, Adenauer auf seine Seite zu bringen, hat Kennedy jetzt», wie der «New Statesman» (11. Mai) schreibt, «den grundsätzlichen Charakter seines Widerstands erfaßt und beschlossen, sich darüber hinwegzusetzen ... Es ist längst klar, daß jede Vereinbarung über Berlin über die Köpfe der Deutschen hinweg abgeschlossen werden muß.»

Götzendämmerung! Wir wollen die Gegensätze zwischen den Westmächten gewiß nicht dramatisieren. Auch im Ostlager gibt es tiefgehende Meinungsverschiedenheiten; man denke nur an die Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China oder auch an die Kluft zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, die sich freilich jetzt einigermaßen zu schließen scheint. Aber *der* Trost ist sicher schwach, den «US News & World Report» der vorhin erwähnten Feststellung des Durcheinanders im westmächtlichen Lager beifügt, daß nämlich die Streitigkeiten unter den Atlantikstaaten «auf dem Hintergrund eines beispiellosen *Wirtschaftsaufschwungs* in Europa und des höchsten Lebensstandards der Welt, wie er in den Vereinigten Staaten erreicht ist», ausgetragen würden, während auf kommunistischer Seite tiefe wirtschaftliche Störungen zu verzeichnen seien; Nahrungsmittelmangel herrsche sogar in Rußland, in China breite sich geradezu eine Hungersnot aus, und die osteuropäischen Länder lägen auf jeden Fall wirtschaftlich weit hinter Westeuropa zurück. Das alles mag stimmen — aber der Abstand zwischen den heute kommunistisch regierten Ländern und den altindustrialisierten kapitalistischen Ländern hat sich in den vergangenen Jahrzehnten so gewaltig vermindert, daß der noch immer unterentwickelte Osten in absehbarer Zeit den fortgeschrittenen Westen auf allen Gebieten materieller Zivilisation unbedingt einholen wird, wenn nur der Frieden gesichert wird und die Rüstungslasten abgeworfen werden können. Anderseits dürfen wir fest überzeugt sein, daß die

Wirtschaftsblüte, deren sich die Länder mit kapitalistischem System erfreuen und die so viele Menschen blendet und besticht, eine ungesunde Erscheinung ist, die die innere Fäulnis und Krankheit der kapitalistischen Wirtschaft und der auf ihr aufgebauten Kultur nur zeitweilig zu verdecken vermag. Was sittlich verkehrt ist, kann wirtschaftlich nicht richtig herauskommen — das darf man in Abwandlung des bekannten Wortes von Gladstone über die moralfreie «Realpolitik» sicher und erst recht auch von der kapitalistischen Wirtschaft sagen, die aller Sittlichkeit, Anständigkeit und Gerechtigkeit zynisch ins Gesicht schlägt und ja nur den Unterbau der dem gleichen Geist entsprungenen Gewalt- und Katastrophenpolitik unserer Zeit bildet.

Jedenfalls läuft die Wirtschaft in den *Vereinigten Staaten* längst nicht mehr auf Hochtouren. Auch in einem Washingtoner Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2017), überschrieben «Konjunkturwende in den Vereinigten Staaten?», wird zugegeben: «Der Ausblick erscheint weitaus ungewisser, und die Besorgnisse bezüglich der künftigen Entwicklung sind selbst bei den Wirtschaftssachverständigen der Regierung erheblich größer, als man aus den jüngsten statistischen Daten der Konjunkturmaßstäbe schließen würde.» Am Schluß des Berichts wird auf die «seit zwei Monaten fast ununterbrochen anhaltende Baissebewegung an der Neuyorker Börse» hingewiesen und gefragt, «ob nicht der fortgesetzte Kursrückgang selbst der hoch qualifizierten Aktienwerte bereits die Gefahr einer künftigen Wirtschaftsdepression antizipiere», also eine eigentliche Krise vorwegnehme. Und die Neuyorker «Monthly Review» (Maiheft) stellt fest, daß die letzte Erholung der Wirtschaftstätigkeit in den USA nur durch Kapitalanlagen in Rohstoffen und Fertigwaren (also nicht in der Produktion selbst) sowie durch die gewaltigen Kriegsrüstungen möglich gewesen sei, aber trotzdem nicht verhindert habe, daß die Arbeitslosigkeit größer geworden sei als vor einem Jahr. «Die Arbeitslosenziffer liegt heute irgendwo zwischen 7 und 8 Prozent (der verfügbaren Arbeitskräfte), nicht bei 5,5 Prozent, wie die amtliche Statistik besagt. Die anscheinende Besserung im vergangenen Jahr erweist sich so als Täuschung; es ist wahrscheinlicher, daß sich die Lage in bezug auf die Arbeitslosigkeit wesentlich verschlechtert hat.»

Sieht man dazu die Voraussage der Regierungssachverständigen, daß in den nächsten zehn Jahren infolge der Automation und Rationalisierung alljährlich 200 000 Arbeitsplätze verschwinden, in zehn Jahren also zwei Millionen weniger offene Stellen da sein werden, trotz der Vermehrung der arbeitsfähigen Bevölkerung, dann versteht man, daß in einer Erklärung des leitenden Ausschusses des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes gesagt wird: «Eine ständige hohe Arbeitslosenzahl ist nach wie vor die Plage der amerikanischen Gesellschaft ... Die Lage ist beängstigend und erfordert dringend eine Überprüfung der Regierungspolitik und wirksamere Hilfsmaßnahmen seitens der Regierung in der unmittelbaren Zukunft.» Auf dem Boden

des kapitalistischen Systems natürlich! In einer *sozialistischen* Planwirtschaft, wie sie in den Ostländern mehr oder weniger Tatsache ist, gibt es ja keine Arbeitslosenfrage! Es müßte sie auch in Amerika nicht geben, wenn die ungeheuren Wirtschaftskräfte der Vereinigten Staaten zweckmäßig, das heißt im Dienste der Volksgesamtheit, verwendet und ausgeschöpft würden. «Monthly Review» meint mit Recht: «Würden wir unsere Hilfsmittel heute ebenso nutzbar machen, wie wir es im Zweiten Weltkrieg getan haben, so könnten wir eine weit größere und schnellere Ertragsleistung erreichen; und wir könnten den zusätzlichen Ertrag der Wirtschaft nicht für Zerstörungszwecke verwenden, sondern zur Linderung der Not und des Leidens der großen Mehrzahl der Menschheit.»

Was *Westeuropa* betrifft, so weiß jedermann, daß die überhitzte Wirtschaftskonjunktur weder gesund noch dauerhaft ist. Der Kladderadatsch *wird* kommen — auch in der Schweiz mit ihrer halben Million ausländischer Arbeitskräfte. Westdeutschland ist schon jetzt an die Grenze seiner Wirtschaftsausweitung gekommen. Der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR hat aufgehört; aus der Landwirtschaft erhält die Industrie ebenfalls kaum mehr Arbeiter; die Gewerkschaften nützen die Vollbeschäftigung zu fortgesetzten Lohnforderungen aus, so daß die Profite zu fallen und die Neuanlagen von Kapital zu stocken beginnen. Wirtschaftsminister Erhard malt sogar bereits eine Wirtschaftskrise an die Wand, wenn es «so weitergehe». Es wird aber sicher nicht so weitergehen — nämlich mit dem Wirtschaftskurs, den die Regierung zugunsten des «freien Unternehmertums» bisher gesteuert hat. «Jahrelang», so heißt es in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Maiheft), «war im Zeichen des ‚Wirtschaftswunders' die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik tabu. Heute nun wird hinter den Ideologien und Phrasen all dieser Jahre auf einmal die Wirklichkeit mit ihren Widersprüchen und Problemen sichtbar . . . Man denke nur an die törichte Qualifizierung *jeder* Art von Planwirtschaft als ‚Zwangswirtschaft' auch durch sogenannte ‚unabhängige' und ‚ernsthafte' Zeitungen. Die bloße sachgerechte Diskussion dieser schwierigen Fragen ist dadurch, ähnlich wie in der Außenpolitik, nahezu erstickt worden, während in fast allen anderen westlichen Ländern Planwirtschaft in den verschiedensten Formen längst praktiziert wird. Auch hier haben wir die Wirklichkeit verfehlt und uns von einer vorübergehenden Aufwärtsentwicklung täuschen lassen.»

Eine Umstellung der westdeutschen Wirtschaftspolitik ist tatsächlich unausweichlich geworden. Und mit ihr eine Umstellung der Bonner *Außenpolitik*. Die neue Achse Bonn-Paris ist nicht haltbar. Der ganze «Adenauerkurs» ist nicht weiterzuführen, wenn es nicht zu einem Schiffbruch großen Ausmaßes kommen soll. Die Haltung der westdeutschen Regierung steht sowohl in der Frage des Gemeinsamen Marktes wie in derjenigen der Berlinverhandlungen so stark in Wider-

spruch zu der «neuen Politik» Washingtons, daß der offene Zusammenstoß über kurz oder lang eben doch kommen muß. Und daß es dann nicht Kennedy sein wird, der den Platz zu räumen hat, dürfte klar sein. Adenauers Ausschaltung ist tatsächlich überfällig. Die Anerkennung der DDR und der bestehenden Ostgrenzen Deutschlands wird zwar eine schmerzliche Sache für die Bundesrepublik sein; aber es kann als sicher gelten, daß die Politiker und die Bevölkerung Westdeutschlands sich — mit heftigem Protest zwar — doch damit abfinden werden, wenn sie vor eine fertige Tatsache gestellt werden. Der Sturz der Götzen, vor denen man sich in Westdeutschland noch immer auf den Boden wirft, kündigt sich schon an. Die Bundesregierung wird natürlich, wie die vorhin erwähnte westdeutsche Zeitschrift glaubt, noch einmal all ihren Einfluß geltend machen, um eine amerikanisch-sowjetische Annäherung zu verhindern. Aber ihr Mißerfolg stehe bereits fest — und das sei gut so. «Die Götzendämmerung in Bonn kann, wie jede Götzendämmerung, heilsam sein. Sie bietet die Chance einer Befreiung der deutschen Politik von fragwürdigen und gefährlichen Vorstellungen; sie bietet die Chance zu einem neuen Anfang auf dem Boden der nationalpolitischen und weltpolitischen Wirklichkeit.»

Die Republik der Bankiers Zum Unglück scheint eine Götzendämmerung in *Frankreich* noch in nebelhafter Ferne zu liegen. Ermutigt durch seinen Erfolg bei der Abstimmung über den Frieden von Evian und über die Vollmachten, die er sich gleichzeitig hat geben lassen, erstrebt Herr de Gaulle planmäßig eine weitere Erhöhung seiner persönlichen Machtstellung. Seine Absicht ist, Wahlen möglichst zu vermeiden, die «Volksvertretung» nach Kräften auszuschalten, regelmäßig Volksabstimmungen zum Zweck der Bestätigung seiner Politik zu veranstalten und sich selber, wie der amerikanische Präsident, unmittelbar vom Volk wählen zu lassen, dessen Zustimmung zu allem ihm ja (wie er zuversichtlich glaubt) sicher ist. Sollte das sogenannte Parlament Schwierigkeiten machen, so kann er es immer noch nach Hause schicken und ein neues wählen lassen oder besser es überhaupt nicht mehr anfragen. Charles de Gaulle wäre dann wirklich der ungekrönte König von Frankreich, als den er sich im stillen schon längst fühlt.

Er wäre es wenigstens nach außen hin. Denn hinter der Fassade, die er für sich persönlich aufbaut, stehen natürlich *die* Mächte, die Frankreich in Wahrheit regieren: das kapitalistische Großbürgertum mit seinen Verbündeten in der landbesitzenden Oberschicht und in der Armee. Mit der Umbildung des Ministeriums, dessen Präsident Michel Debré durch Herrn Georges Pompidou ersetzt wurde, hat besonders das Bankkapital neuen, vermehrten Einfluß bekommen; Pompidou selber war bisher Generaldirektor der Anlage- und Kolonialbank Rothschild, und neben ihm sind mindestens drei weitere Mi-

nister, darunter der Außen- und der Finanzminister, eng mit dem Bankkapital verbunden. Die Aufgabe der neuen Regierung ist, wie es die der alten auch war, die politischen Einrichtungen und die Tätigkeit der Staatsorgane so zu gestalten, daß sie der Entfaltung des modernisierten Spätkapitalismus, seiner Art von Planwirtschaft und namentlich auch seinem Neukolonialismus, wie er im ehemals französischen Afrika, aber auch in anderen Erdteilen Fuß gefaßt hat, keine Schwierigkeiten machen, vielmehr seinen Zwecken möglichst reibungslos dienen.

Das stößt freilich auf etwelche Schwierigkeiten. Zunächst auf den Widerstand der Verbündeten Frankreichs, die kein von Frankreich beherrschtes «Eurafrika» wünschen, namentlich auf denjenigen der Vereinigten Staaten, die schließlich ihren eigenen Kolonialismus und Imperialismus haben. Sodann steht den Plänen der gaullistischen Regierung natürlich der alte, klassische Kolonialismus und Nationalismus entgegen, der sich in den algerischen «Ultras», der OAS und einem wesentlichen Teil des Offizierskorps seine Werkzeuge geschaffen hat. General de Gaulle hat es zwar mit seinen schlaugemeinten Schachzügen fertig gebracht, den Krieg mit der algerischen Freiheitsbewegung zu beenden und dem algerischen Volk die Aussicht auf einen unabhängigen Nationalstaat zu eröffnen; aber die fanatisierten Anhänger einer «Algérie française» sind blind genug, um nicht zu erkennen, welche schönen Möglichkeiten zur Fortsetzung der bisherigen Kolonialherrschaft in neuen Formen ihnen tatsächlich der Frieden von Evian bietet. Sie betreiben ihren Verzweiflungskampf gegen den «Verräter» de Gaulle, den sie doch selbst in den Sattel gehoben haben, mit derart verbrecherischer Erbitterung, daß sie Gefahr laufen, dem ohnehin sehr starken radikalen Flügel innerhalb der algerischen Befreiungsfront gegen den eher frankreichfreundlichen Flügel die Oberhand zu verschaffen und sich all ihre Zukunftsaussichten selber zu verscherzen. Die unter ihrem Druck erfolgte Rettung Exgeneral Salans, des Führers der OAS, vor einem Todesurteil (wie es gegen seinen Untergebenen Jouhaud gefällt worden war!) wirkt im gleichen Sinn; statt Beruhigung zu schaffen, ermutigt sie nur die OAS zu neuen Gewalttaten, schwächt die «Ordnungskräfte» in Algerien und verstärkt bei den algerischen Patrioten die Neigung, sich über den Waffenstillstand hinwegzusetzen und die Europäer mit letzter Gewalt aus dem Land zu jagen.

Hoffnung auf eine wirkliche Befriedung Algeriens und eine Befreiung Frankreichs von seinen Peinigern und Schändern böte eine Erhebung des französischen Volkes selber, das wahrhaftig stark genug wäre, um eine soziale und politische Wiedergeburt Frankreichs zu bewirken. Aber dazu fehlt ihm, fehlt vor allem der französischen Linken anscheinend einfach die moralische Kraft. Die vielen Streik- und Lohnbewegungen führen ja bis jetzt in keiner Art über die engbegrenzten Teilinteressen hinaus, aus denen sie erwachsen sind, und die Re-

gierung Pompidou ist gescheit genug, um den Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein wenig entgegenzukommen. Wird darum de Gaulle und das, was sich hinter ihm verbirgt, ungestört weiter diktieren können, wie es ihm gefällt? Oder wird seine Auseinandersetzung mit der OAS (die schon kaum mehr eine Geheimarmee ist) und mit der «richtigen» Armee doch noch eine Lage schaffen, die die republikanischen und sozialistischen Kräfte zwingt, sich zu ermannen und das neue Frankreich zu schaffen, das schon 1945 möglich gewesen wäre, das aber heute, 17 Jahre danach, zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist?

Der Kampf in Spanien Inzwischen ist wenigstens in *Spanien* eine Lage eingetreten, die den nicht mehr fernen Sturz des dortigen Diktaturregiments ankündigt. Ich habe hier schon vor dem Ausbruch der großen *Streikbewegung* (in der März-Rundschau) an Hand eines zuverlässigen amerikanischen Berichtes auf die sozialen und politischen Spannungen aufmerksam gemacht, die sich in Spanien entwickelt haben, so daß über die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitskämpfe kaum mehr etwas zu sagen ist. Überraschen mußte nur die Plötzlichkeit, mit der in Asturien und den anderen industriellen Nordprovinzen die Streikbewegung in Gang kam, und die Schnelligkeit, mit der sie sich dann auf sozusagen alle anderen Landesteile ausdehnte. Das beweist, wieviel Zündstoff allerorten angehäuft war und nur auf den Funken wartete, der ihn zur Entladung bringen sollte. Es zeigt aber namentlich auch, daß der Bewegung nicht bloß Lohnforderungen zugrunde liegen (die Bergarbeiter zum Beispiel verdienen selten mehr als 120 Franken im Monat), daß vielmehr der Stoß dem ganzen Diktatursystem und dem faschistischen Korporationsstaat gilt, der mit seiner Einheitsgewerkschaft vorher alle Arbeiterforderungen zum Schweigen zu bringen wußte.

Und tatsächlich helfen gegenüber der Wucht der gegenwärtigen Bewegung alle Machtmittel Francos nichts mehr. Will er nicht den Ausbruch einer gewalttätig revolutionären Erhebung riskieren, so bleibt ihm nichts anderes übrig als Nachgeben gegenüber den Lohnforderungen, die freilich nicht auf Kosten der Unternehmergewinne befriedigt werden sollen, sondern auf Kosten der Verbraucher, besonders in Gestalt einer Erhöhung der Kohlenpreise. Aber Franco stellt gewiß auch das Echo in Rechnung, das der große Arbeitskampf im Ausland fand. Sein Versuch, nach bewährtem Rezept, die Streikbewegung einfach den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, ist ja gänzlich mißlungen; in der ganzen Welt machte man ihn selber und seine Diktatur für die Ereignisse verantwortlich und brachte mit vollkommener Deutlichkeit das Verlangen nach dem Sturz seiner Herrschaft zum Ausdruck. Erfreulich ist, daß sich auch in der Schweiz die Solidarität mit den kämpfenden spanischen Arbeitern in machtvollen Kundgebungen und auf alle mögliche andere Art Ausdruck schuf. Daß schweizerische,

spanische und italienische Arbeiter mit einem schon lang nicht erlebten Schwung und ohne von unseren Behörden gehindert zu werden gemeinsam aufmarschierten und eine ungewohnt kräftige Sprache gegen das Franco-Regime führten, das ist kein schlechtes Zeichen. Ob unsere Unternehmer, die die Italiener und Spanier ins Land gerufen haben, nicht doch etwas unruhig werden über die Geister, die sie nun nicht mehr los werden? Soviel «Kommunisten» hat es tatsächlich noch nie in der Schweiz gegeben, wie man sie jetzt auf dem Hals hat . . .

Nur wollen wir uns vor allzu hochfliegenden Hoffnungen für Spanien hüten. Wie schon in dem erwähnten Bericht eines geschulten amerikanischen Beobachters gesagt wurde, reicht die Kraft der spanischen Widerstandsbewegung noch nicht aus, um eine durchgreifende Neugestaltung der Wirtschaft, des sozialen Lebens und der politischen Einrichtungen Spaniens zu bewirken, schon weil Zehntausende der aufgewecktesten spanischen Arbeiter ins Ausland abgeschoben worden sind. Man wird vorderhand zufrieden sein, wenn wenigstens die offene staatliche Diktatur fällt und «nur» die weniger sichtbaren Formen der kapitalistischen und feudalen Klassenherrschaft bleiben, die auch im Rahmen einer parlamentarischen Scheindemokratie bestehen können. Die liberal-fortschrittlichen Intellektuellen und die katholischen Kirchenführer, die die Streikbewegung unterstützen, werden im Verein mit dem Kleinbürgertum und der Kleinbauernschaft nur soweit zu gehen bereit sein, als es möglich ist, ohne daß so etwas wie Sozialismus «droht». Aber auch das eröffnet schon Aussichten in die Zukunft, die wir dankbar und freudig begrüßen.

Kriegsschauplatz Südostasien Daß Spanien nach einem Sturz Francos nicht «rot» wird, dafür sorgen schon die *Vereinigten Staaten*, die dort militärisch und wirtschaftlich fest verschanzt sind. Auch Kennedys Amerika hält es ja für seine geschichtliche Aufgabe, die Welt vor Kommunismus und Sozialismus zu retten und sie *to make sure for democracy*, sie «für die Demokratie sicherzustellen» — so wie man eben drüben «Demokratie» versteht. Ein Hauptfeld für diese missionarische Tätigkeit ist gerade jetzt wieder Südostasien, im besonderen *Laos, Südvietnam und Thailand*. Die Dinge sind dort neuerdings ins Rollen gekommen, weil die kommunistenfreundlichen Streitkräfte des Pathet Lao den Waffenstillstand im Bürgerkrieg gebrochen und den kleinen Grenzort Nam Tha (im Nordwesten von Laos gelegen) besetzt haben. Aber *warum* haben sie den Waffenstillstand gebrochen? Einfach weil die «königliche Regierung» in Vientiane sich beharrlich weigert, zur Bildung einer Koalitionsregierung die Hand zu bieten, wie dies gleichzeitig mit dem Abschluß des Waffenstillstands vereinbart worden war, ja selber die Wiederaufnahme des Bürgerkrieges vorbereitet hat. Der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» gibt das in einem Bericht vom 12. Mai ganz ungescheut zu, wenn er schreibt: «Die un-

glaubliche Verschleppung dieser Koalitionsbildung hat nach hiesiger Auffassung zum Zusammenbruch des Waffenstillstandes geführt. Man ist hier auch der Meinung, daß Boun Oum (der laotische Ministerpräsident) und Phoumi Nosavan (der «starke Mann» in der Regierung) durch ihre gegen den Rat Washingtons unternommene Verstärkung ihrer Kräfte um Nam Tha den Pathet Lao provoziert haben.»

Die sittliche Entrüstung über kommunistische Vertragsbrüchigkeit und Hinterhältigkeit, die in Washington und in der übrigen «freien Welt» über den Vorstoß des Pathet Lao zur Schau getragen wurde, kennzeichnet sich durch dieses Eingeständnis von selbst als die übliche Heuchelei, die bei der Beurteilung kommunistischen Tuns im christlichen Abendland an den Tag gelegt wird. Dabei drängt der amerikanische Gesandte in Laos selber fortwährend auf die Bildung einer Koalitionsregierung, die unter dem Vorsitz des Prinzen Souvanna Phouma Neutralisten, Amerikafreunde und Kommunisten umfassen müßte! Aber wie die Londoner «Times» kürzlich ausbrachte, arbeitet eben der Washingtoner Geheimdienst, der auch hier seine Hände im Spiel hat, planmäßig *gegen* das Staatsdepartement; er will die Kommunisten unter allen Umständen der Regierung fernhalten und Laos trotz allem für die Vereinigten Staaten retten und sichern. Man hätte darum meinen können, Präsident Kennedy werde nach der Besetzung von Nam Tha mit doppelter Kraft in Vientiane auf Boun Oum und seine Leute drücken lassen, um sie zur endlichen Bildung einer nationalen Regierung zu veranlassen, als der einzigen Möglichkeit, dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Aber weit gefehlt! Kennedy ließ (nach einer Agenturmeldung vom 9. Mai) über den sowjetischen Botschafter in Washington der Moskauer Regierung «eine geharnischte Warnung vor weiteren illegalen Aktionen des Pathet Lao» zukommen und ordnete gleichzeitig die Entsendung von Kriegsschiffen und Marineinfanterie (der amerikanischen Kerntruppe) nach dem Laos benachbarten Thailand (Siam) an. Damit soll dem kommunistischen Vordringen in Laos der Riegel gestoßen und auch das übrige Südostasien gegen die rote Gefahr abgeschirmt werden. Gleichzeitig bemüht sich zwar die amerikanische Diplomatie, die Regierung in Vientiane doch noch zum Einlenken auf Koalitionsgespräche zu bestimmen. Aber obwohl die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten an Laos schon seit Monaten gesperrt ist, eilt es der Gruppe Boun Oum keineswegs mit einer Umbildung des Ministeriums, fühlt sie sich doch durch die militärische Machtentfaltung der USA in Thailand neu gestärkt und gegen alle kommunistische Einsickerung völlig gesichert. Sie betont ein übers andere Mal, von einer Koalitionsregierung könne nur die Rede sein, wenn Prinz Souvannah Phouma Gewähr dafür biete, daß dem Pathet Lao keinerlei Einfluß auf die Regierungspolitik und die Armee gestattet und überhaupt die Verbindung von Laos mit den Vereinigten Staaten nicht gestört werde. Und Washington versichert seinerseits, daß «natürlich» eine Einstellung der amerikanischen Militärhilfe an Laos

— die schon bisher in die Hunderte von Millionen Dollar gegangen ist — nicht in Frage komme und daß die Regierungstruppen auch weiterhin von amerikanischen Beratern und Ausbildungskadern unterstützt würden.

Wie unter diesen Umständen eine Befriedigung und Neutralisierung von Laos möglich sein soll, ist schwer auszudenken. Dies um so mehr, als ja amerikanische Streitkräfte, außer in Thailand, auch in Südvietnam stehen und gegen die als Kommunisten bezeichneten Aufständischen kämpfen. Die Vereinigten Staaten betrachten nun einmal eben Südostasien wie den ganzen westpazifischen Raum als *ihren* Einflußbereich, zu dessen Sicherung sie eine Truppenmacht von rund 215 000 Mann (Land-, Flotten- und Luftstreitkräfte) aufgeboten haben, verteilt auf Stützpunkte in Korea, Japan, Okinawa, Formosa, auf den Philippinen, in Südvietnam und nun auch in Thailand. Die USA-Flotte allein verfügt dort über 650 Flugzeuge; die Luftwaffe umfaßt 35 Geschwader mit den modernsten Ausrüstungen, verteilt auf 20 Stützpunkte. Auf Formosa und in Südkorea befinden sich außerdem «Matador»-Lenkwaffeneinheiten. Und da hinter den Kräften, die in Laos und Südvietnam, in Südkorea und anderen Orten gegen die alten, verderbten, von Amerika gestützten Herrenklassen kämpfen, irgendwie auch China sowie die kommunistisch regierten Nordhälften von Korea und Vietnam stehen, so bleibt eben dieser ganze Erdteil ein Stück des Kriegsschauplatzes, auf dem die beiden großen Machtlager ihre Kräfte messen, vorerst in der Hauptsache im Kalten Krieg. Wenn *etwas* die Spannung mildern und die Gefahr eines Heißen Krieges um Süd- und Ostasien verringern könnte, so wäre es eine großzügige Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und China. Aber in Washington lehnt man immer noch jeden Gedanken auch nur an eine rechtliche Anerkennung Chinas schroff ab, hält an der Hoffnung auf einen durchschlagenden Erfolg im militärischen Machtkampf gegen die Kommunisten auch in Ost- und Südostasien fest und lenkt damit von den radikalen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen ab, die hier wie überall allein «Rettung vor dem Kommunismus» bringen könnten. Sieht man das in den Vereinigten Staaten, besonders an höchster Stelle, nicht doch einmal ein, bevor es zu spät ist?

28. Mai. *Hugo Kramer*